

Rießener Tagblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Werke
Tageblatt, Wien.

Gemischtstelle
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrathes zu Riesa.

M: 273

Freitag, 24. November 1893, Abends.

46. Jahrz.

Das kleine Tagblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Viertjährlicher Bezugsspreis bei Abholung in den Expeditionen in Altenburg und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Aufnahme für die Nummer

— und Mexica von Baader & Winterlich in Mieha. — Verlagsstelle: Rostaustrasse 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herrn. Schmidt in Mieha.

Befanntmachung.

Die **Stadtverordneten-Wahlliste** ist revidirt worden und liegt im hiesigen Rathausmelbeamte zur Einsicht der Bevölkerung 14 Tage lang und zwar vom 25. November dieses Jahres an öffentlich aus.

Bis zu Ende des siebenten Tages nach Bekanntmachung und Beginn der Auslegung kann gegen etwaige Unrichtigkeit der Wahlliste bei unterzeichnetem Stadtrath Einspruch erhoben werden.

Wien, am 24. November 1893.

Der Stadtrath.

27. 9.: Schwarzenberg, Stadtrath.

Berordnung, Ernennungen für die I. Kammer der Ständeversammlung betreffend; vom 1. November 1893. Prüfungsordnung für Beamte der Staatsbahn-Betriebsverwaltung; vom 4. November 1893. Verordnung, eine Erneuerung für die I. Kammer der Ständeversammlung betreffend; vom 8. November 1893. Verordnung, die Abänderung und Ergänzung von § 22 der Instruction zum Einkommensteuergesetze vom 7. Dezember 1878 betreffend; vom 10. November 1893.

21st inst. - 21 November 1893

Der Stadtrath

Der Eluvitium.

Befanntmachung.

Eingegangen sind folgende Gesetze, welche in der Nalibexpedition eingesehen werden müssen:

Dafür wegen Beihilfung der Genossenschaftsordnung der Genossenschaft für Berichtung des Weißbachs in den Blüten Chemnitz und Altendorf; vom 14. Oktober 1893.

Anzeigen für das „Miesener Tageblatt“ erbitten uns spätestens bis Vormittags 9 Uhr des jeweiligen Ausgabetages.

Die Geschäftsstelle.

Zum Reichstag.

Der Reichstag ist gestern in die Bereitung der Handelsverträge mit Spanien, Rumänien und Serbien eingetreten. Abg. Graf zu Limburg-Stirum führte aus, dieselben Vortheile und Nachtheile, die bei den Handelsverträgen von 1891 hervortreten, möchten sich auch hier geltend. Auch diese Verträge zeigen die Tendenz, um jeden Preis die Handelsverträge zustande zu bringen; die Landwirtschaft solle die Kosten tragen ohne Kompenstationen. (Sehr richtig! rechts.) Die Verträge könnten Deutschland nicht die erhofften Vortheile bringen, weil Deutschland verfügt habe, sich eine Kampfposition zu schaffen. Ein großer Theil des Landes sei darüber einig, daß durch die Verträge nur Österreich und Italien Deutschland geißeligt sei. Es sei bekannt, daß die Unterhändler der anderen Staaten noch Konzessionen in der Tasche hatten, womit sie aber nicht hervorzulemen brauchten. (Zustimmung rechts; Unruhe und Widerprüch links.) Was Rumänien betreffe, so habe dasselbe während des interminischen Abstammens in 9 Monaten dieses Jahres viel mehr Getreide nach Deutschland eingeschafft. Italien habe die Zollzahlungen in Gold angeordnet, wozu es auch berechtigt war. Dadurch werde der Import erschwert und der Export erleichtert. Bei der Lage der Landwirtschaft würde die Partei darauf bestehen, die Währungsfrage energisch zu fördern da dies die einzige für die Landwirtschaft erreichbare Kompenstation sei. Auch finanziell seien die Handelsverträge nachtheilig wegen des Ausfalls bei den Getreidezöllen. Die Partei sei entschlossen, keinem Vertrage zugestimmen, der die Landwirtschaft ohne Kompenstationen neu belastet. Der Hauptfehler bei dem Abschluß der Verträge sei, daß die Handelspolitik mit der auswärtigen Politik verquast werde. Der Ausfall der preußischen Abgeordnetenwahlen geige die Stimmung der Kreise auf deren Unterstützung die Regierung angewiesen sei.

Staatssekretär Frhr. Marshall von Bieberstein erklärte, wenn der Regierung vorgeworfen werde, daß sie keine genügenden Aequivalente erreicht hätte, so sei die Frage, was ein vollständiges Aequivalent sei, schwierig zu entscheiden. Jedem Tarifvertrage werde dieser Vorwurf gemacht werden. Er wisse nicht, woher der Vorredner die Kenntnis über den Verlauf der geheimen Verhandlungen erhalten haben könnte; dem Vorredner schließe daher jedes Material zu einem entsprechenden Urteil. Er könne deshalb seinen Neuerungen keinen anderen Werth bemessen, als daß er der Regierung Unangenehmes sagen wolle. Nichts sei leichter als auf Grund einzelner Klagen gegen ein großes Vertragswert sich auf die Stimmung des Landes zu berufen, nachdem man sich $1\frac{1}{2}$ Jahre bemüht habe, diese Stimmung hervorzurufen. (Zusammenfassung links.) Im Jahre 1887 hätten wir eine active Handelsbilanz gehabt; alsdann kam eine Unterbilanz, die bis 1892 fortgesetzt stieg. Da hiß es, unsere Handelspolitik habe gründlich Fiascio gemacht. In den ersten 9 Monaten dieses Jahres dagegen habe Deutschland eine um 50 Mill. vermehrte Einfuhr und eine um 186 Millionen vermehrte Ausfuhr, während die französische Ausfuhr sich um 93 Mill. gegen das Vorjahr vermindert habe. Unsere Ausfuhr nach Österreich habe dauernd zugenommen, während die Einfuhr des österreichischen Getreides abgenommen habe. Das zeige, daß die großen Worte von dem Tribut, den wir an die österreichisch-ungarischen Grundbesitzer zahlen, nichts weiter

waren als große Worte, eingegeben von der Verlegenheit. Daß die Stimmung in Österreich gehobener wäre als bei uns, habe er nicht wahrgenommen. Es gebe dort wie bei uns Freunde und Gegner der Handelsverträge. Der Vorredner fragte, welchen Nutzen die Verträge gebracht haben. Ich antwortete: Genau den Nutzen, den wir erwartet haben. Es handelt sich lediglich darum, welche Maßregeln zu treffen seien, um von der Industrie einen Schaden abzuwehren, der durch den Ablauf der bisherigen Verträge eintreten müßt. Darin sei der Unterschied gegeben zwischen unserer Lage und der Lage anderer Staaten. Eine gesunde Landwirtschaft zu erhalten, gehöre auch nach den Anschauungen der Regierung zu den Hauptaufgaben des Staates. Daß die Landwirtschaft in einer schwierigen Lage sei, wäre unfehlbar; aber nicht alle Beschlüsse von Versammlungen könnten von der Regierung nur darum für einen Inbegriff der landwirtschaftlichen Weisheit gehalten werden, weil sie von praktischen Landwirthen gefördert sind. Die wachsende Bewegung im Lande führe die Landwirtschaft auf Ferne, auf denen sie unerreichbaren Zielen zugehe. Er hoffe, daß die Agitationen, die dahin gehören, die Regierung müsse der Landwirtschaft gegen außergewöhnlichen Preisdruck Garantien geben, im Hause seinen Boden finden, denn würde man diesen Wünschen entsprechen, dann würden andere Erwerbszweige denselben Anspruch erheben. Der Vorredner hätte nichts weiter anzuführen gewußt, als, die Regierung hätte sich in eine Kampfposition stellen sollen. Wenn das geschehen wäre, dann wäre eine gegenseitige Zollerhöhung gefolgt, an Stelle des Weisheitsbegünstigungs- ein Weisheitsabriggungssystem getreten, an die Stelle der Stetigkeit Unstetigkeit; es wäre nur darauf ankommen, wer es am längsten hätte aushalten können.

Abg. Ritter (freis. Vereini.) stimmt den Verträgen zu. Abg. Dr. Lieber (Centrum) erklärte dieseben für eine Großthat der neuen Ära. Es habe sich gezeigt, daß $3\frac{1}{2}$ Mtl. Zoll auch die speculative Einfuhr abzuwehren vermochte. Wenn es den Agrariern wirklich einmal gelänge, den Getreidezoll auf eine ihnen genueine Höhe zu bringen, würde in einem Jahre eine andere Welle die gesamten Getreidezölle wegschwemmen. Diese ewige Unruhe würde nur der Börse zu Gute kommen, während die Landwirtschaft einen unzähligen Schutzoll brauchte. Jedenfalls sei die Frage, ob $3\frac{1}{2}$, oder 5 Mtl. Zoll, keine Lebensfrage für die Landwirtschaft. Was die Währungsfrage anlange, so wäre es falsch zu sagen: wir in Deutschland haben eine gute Metallwährung, was draußen geschieht, ist uns gleichgültig. Von diesem Standpunkte aus sei der gegenwärtige Zustand als der erwünschteste nicht zu bezeichnen. Daß auch wir eine weitere Entwicklung der Dinge in Amerika mit Aufmerksamkeit verfolgen müssen, sei selbstverständlich; das sei aber etwas anderes als die Valutaverhältnisse eines Landes durch Verträge festzulegen, für deren Aufrechterhaltung feinerle Garantie gegeben sei. Was die Einführung der Goldzölle seitens Italiens anlange, so habe Italien vorher durch das Sinten der Valuta Vortheile gewöhrt, die jetzt durch Herbeiführung des früheren Zustandes ausgeglichen seien. In Österreich sei die Einführung der Goldwährung bereits beschlossen; es sei anzunehmen, daß das Goldagio zurückgehen werde. Ohne die Handelsverträge wären wir durch das Sinten der Valuta noch mehr geschädigt worden. — Was den spanischen Vertrag anlange, so habe für die Regierung

die Frage so gestanden, daß ohne den Vertrag Spanien für unsere Industrie noch ein vortheilhafter Markt gewesen wäre; sollte daher der spanische Markt gegen einen zweifelhaften Exportartikel freigegeben werden? Der Verredner wolle den Vertrag mit Rumänien verwirren. Angesichts der Schwierigkeit, für die Industrie ein neues Abzugsgebiet zu beschaffen, sei dieses Vorhaben erstaunlich. Der Verredner habe objektiv nichts vorgebracht, was die Theisen der Regierung erschüttern könnte, daß die Handelsverträge ein gutes wohlthäigtes Werk seien, daß sich der Reichstag durch ihre Bewilligung wohlverdient gemacht habe. Abg. Niederr hält die Commissionsberathung für absolut unnöthig. Die Gegner der Verträge würden in der Commission ebenso wie heute Schritt für Schritt widerlegt werden. Die Agrarier würden sich mit dem s-Wart-Zoll nicht begnügen, sie würden 20 und 25 Mt. haben wollen. Ihre Begehrlichkeit haben kein Ende (Beifall links, rachen rechts.) Freiherr von Blumenthal habe für die früheren Handelsverträge gestimmt und damit die Grundlage für die jetzigen Verträge gelegt. Die Schließung der rumänisch-russischen Grenze würde nur herbeiführen daß das Brodhorn von anderer Seite läme, da wir dasselbe nöthig haben. Wenn wir bei den Verträgen nicht mehr erreicht haben, so sei die Bismarck'sche Handelspolitik daran schuld, welche alle anderen Staaten zum Schutzzollsystem drängte. Was der Zollkrieg bedeute, erfahren wir jetzt Russland gegenüber. Fürst Bismarck habe schon 1878 die Nothwendigkeit der Tarifverträge eingesehen, indem er die Grundlinien der Tarifpolitik der nach ihm folgenden Regierung vorschrieb. Die Industrie und die Landwirthschaft hätten gleiche Rechte und müßten in den Verträgen gleich berücksichtigt werden. Lieber (Centrum) erklärte Namens seiner Partei sich für die Commissionsberathung, um zahlreiche Fragen, welche im Plenum nicht gut discutirbar seien, klar zu stellen. Niedner hält im Gegenjag zu Graf Limburg- Stirum die Verträge mit Oesterreich und Italien geradezu für eine Großheit und befämpft die Behauptung, daß durch dieselben die Landwirthschaft preisgegeben sei. Die Centrumpartei glaube auch, daß die Handelsverträge den Dreibund befestigt haben. Was die neuerten Verträge anbelange, so könne sich die Partei den schweren Bedenken der landwirthschaftlichen Kreise nicht verschließen. Auch müsse die finanzielle Tragweite der Verträge genau geprüft werden, ebenso wie die Tragweite des russischen Handelsvertrages in der Commission erörtert werden müsse. (Beifall im Centrum.)

Abg. Graf Rantz (conf.) weist die Aeußerungen des Staatssekretärs v. Marshall zurück, wonach die Conservativen Unzufriedenheit im Lande erregten. Deutschland hätte dem Vorbilde Frankreichs mit seiner Tarifautonomie und seinem Maximal- und Minimaltarif folgen sollen. Die im Lande herrschende Erregung sei auf die früheren Handelsverträge zurückzuführen. Die neuen Handelsverträge würden eine weitere Verschlechterung des einheimischen Marktes verursachen und zusammen mit den früheren Zollausfälle von vielen Millionen herbeiführen. (Lachen und Widerspruchsläute.) Sollte der russische Handelsvertrag zu Stande kommen, so würde Russland immer noch durch die Gewährung der Habilitationsprämien die deutsche Einfuhr schädigen können. Würden die früheren Verträge nochmals vorgelegt, so würden sie mit gleicher Mehrheit abgelehnt werden, wie sie damals